

## **Aus der Gemeinderatssitzung am 19.11.2018**

### **TOP Ö 1**

#### **Anfragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger**

Frau Auffahrt fragte nach einem Kfz in der Moltkestraße, das dort bereits seit vier Jahren abgestellt ist. Bürgeramtsleiter Sweeney weiß um diesen Sachverhalt, die Rechtslage hindert die Verwaltung jedoch an einer schnellen Lösung des Problems. Zuständig ist das Landratsamt, da das Fahrzeug abfallrechtlich zu entsorgen ist.

Herr Töllner verliest ein Positionspapier der Elternvertretung der Postillonkrippe zur Wiedereröffnung der vierten Gruppe. Er plädiert für eine 10-Stundengruppe und variablere Öffnungszeiten für die Betreuung. Herr BGM Drescher verweist auf die spätere Beratung zu dem Tagesordnungspunkt.

### **TOP Ö 2**

#### **Änderung der Hauptsatzung**

Bei der Kommunalwahl 2019 hätte der Gemeinderat von Plankstadt aufgrund des Überschreitens der 10.000 Einwohnergrenze 22 statt 18 Sitze. Durch Änderung der Hauptsatzung könnte jedoch auch die nächstniedrigere Gemeindegrößengruppe (18 statt 22 Räte) bei der Kommunalwahl 2019 Anwendung finden. Die Beschlussfassung über eine mögliche Änderung der Hauptsatzung bezüglich der Bestimmung des § 25 Abs. 2, Satz 2, 2. HS GemO (nächstniedrigere Gemeindegrößengruppe) kann nach Aussage des Kommunalrechtsamts noch in der Sitzung des Gemeinderates im November 2018 erfolgen.

Beachtlich ist, dass bis zum Zeitpunkt der Bekanntmachung der Wahl (§ 3 Abs. 1 KomWG, § 1 KomWO) die ggf. geänderte Hauptsatzung in Kraft ist. Dies deshalb, weil in der Bekanntmachung der Wahl auch die Anzahl der zu wählenden Gemeinderäte angegeben werden muss. Diese Bekanntmachung der Wahl muss spätestens am 69. Tag vor der Wahl (= 18.03.2019) erfolgen, wird jedoch erfahrungsgemäße spätestens im Januar/Februar 2019 stattfinden.

Die Gemeindeverwaltung sieht nach Festlegung der Ratsgröße weiteren Änderungsbedarf an der Hauptsatzung. Die Sitzungen des Gemeinderates dauerten in den Jahren 2017-2018 in der Regel zwischen drei bis fünf Stunden. So wurden beispielsweise im Jahr 2018 in sieben Sitzungen bisher 64 öffentliche und 40 nicht-öffentliche Tagesordnungspunkte beraten. Dies sind pro Sitzung im Schnitt 15 Tagesordnungspunkte. Es soll daher gemeinsam in einem zweiten Schritt überlegt werden, ob durch die Einführung beschließender Ausschüsse und der einer entsprechend der Inflation angepassten Wertgrenzen die Sitzungsdauer auf ein vertretbares Maß geführt werden kann.

BGM Drescher wies auf den als Tischvorlage ausgeteilten Antrag der Grünen Liste Plankstadt hin, in dem die sprachliche Berücksichtigung von Frauen bei der Überarbeitung der Hauptsatzung gefordert wird. Er schlug die Vorberatung dieses Punktes in der nächsten VKSS-Sitzung vor.

GR Prof. Dr. Udo Weis (CDU) meinte zu Beginn seiner Stellungnahme, dass man über diesen Punkt eigentlich nicht Beschluss fassen müsse, in der Gemeindeordnung sei doch bereits alles klar geregelt. Er plädierte für 22 Ratsmitglieder und versprach sich dadurch u.a. mehr Repräsentation der Bürgerschaft. Die Kosten für vier zusätzliche Ratsmitglieder hielten sich sehr in Grenzen, Gemeinderäte seien sehr günstig. Seine Fraktion ist auch bereit, im nächsten Jahr über die Einführung beschließender Ausschüsse zu diskutieren. Er beantragte Einzelabstimmung.

GR Fredi Engelhardt (PL) widersprach der Argumentation seines Vorredners. Es gebe in der Gemeindeordnung auch die geregelte Ausnahme für 18 Ratsmitglieder und diese Möglichkeit befürworte eindeutig die Plankstadter Liste.

GR Jutta Schneider (SPD) war der Auffassung, dass sowohl 18 als auch 22 Gemeinderäte möglich seien. Bislang sei man aber mit 18 Mitgliedern gut zurechtgekommen. Angesichts der nur knapp überschrittenen Einwohnergrenze und zu erwartenden zusätzlichen Fix-Kosten, könne man bei 18 Mitgliedern bleiben. Die SPD-Fraktion stimme daher der vorgeschlagenen Änderung der Hauptsatzung zu.

GR Thomas Burger (GLP) erhoffte sich durch zusätzliche vier neue Ratsmitglieder mehr Demokratie und Vielfalt, vor allem aber auch neue, jüngere Gesichter. Die Kosten als auch die Einwohnergrenze sah er nicht als so entscheidend an. Vielmehr bestehe die Chance, die Arbeit auf weitere Schultern zu verteilen. Er schlug zudem vor, von der Bedeutung untergeordnete Beschlüsse in den Ausschüssen auch öffentlich zu fassen.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) bezweifelte eine qualitative Verbesserung durch die Aufstockung. Gleichzeitig könne man aber auch neue Ideen von jungen Leuten erwarten. Letztendlich bestünde aber durch die Erhöhung der Mitgliederzahl eine größere Chance für kleinere Gruppierungen in den Gemeinderat gewählt zu werden.

BGM Drescher erklärte abschließend, dass er sich der Stimme enthalten werde.

#### **Beschlussvorschlag:**

Beratung, ob die nächstniedrigere Gemeindegrößengruppe (18 statt 22 Räte) bei der Kommunalwahl 2019 Anwendung finden soll. Falls dies gewünscht wird, wäre folgender Beschluss zu fassen:

Die Hauptsatzung der Gemeinde i.d.F. vom 16.06.2011 wird wie folgt geändert:

**§ 3 Zusammensetzung** erhält einen weiteren Absatz:

**„Für die Zahl der Gemeinderäte ist die nächstniedrigere Gemeindegrößengruppe maßgebend.“**

#### **Inkrafttreten:**

Die Änderung tritt einen Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Eine Änderung der Hauptsatzung wurde mehrheitlich abgelehnt, bei 6 Gegenstimmen von GR Schneider und GR Dr. Dr. Mende (beide SPD), GR Breitenbücher, GR Engelhardt, GR Dr. Klimpel-Schöffler und GR Waldecker (alle PL) sowie 1 Enthaltung des Bürgermeister.

Der als Tischvorlage bekanntgegebene Antrag der GLP auf sprachliche Berücksichtigung von Frauen in der Hauptsatzung wurde einstimmig zur Beratung in den VKSS-Ausschuss 2019 verwiesen.

### **TOP Ö 3**

#### **Fortschreibung der Bedarfsplanung Kinderbetreuung**

Im Rahmen der Ausschusssitzung des VKSS, am 5.11.2018, wurde die aktuelle Bedarfsplanung im Bereich Kinderbetreuung präsentiert. Ergebnis der Berechnungen und Prognosen ist, dass in allen Bereichen ausreichend Angebote vorgehalten werden. Grundsätzlich steigt in allen Altersbereichen die Nachfrage nach Betreuungszeiten bis 14:00 Uhr mit einem warmen Mittagessen.

So wurde kürzlich die Anzahl der Plätze für die Kernzeitbetreuung an der Friedrichschule durch die Nutzung der Doppelhaushälfte um 10 erhöht, da es nach den Sommerferien aufgrund eines Nachfragesprungs eine Warteliste gab. Zwischenzeitlich gibt es hier wieder drei freie Plätze.

Um auch zukünftig den Bedarf zu decken, sind folgende Maßnahmen angedacht, die in der Sitzung des VKSS vorbereitet wurden.

Aufgrund der Anmeldeprognosen in der Krippe Im Altrott wurde mit der Verwaltung und dem Geschäftsführer des Postillion e.V., Herrn Stefan Lenz, gemeinsam festgestellt, dass es notwendig wird, zum 1.2.2019 die zusammengelegte Krippengruppe Im Altrott nachfrageorientiert wieder zu teilen. Es gibt bei den Betreuungszeiten eine rückläufige Nachfrage für die 10 Stunden Gruppe. Die Betreuungszeit für die dritte Gruppe kann somit künftig auf 7 Stunden herabgesetzt werden. Es würde dann Im Altrott eine Krippengruppe mit 10 Betreuungsstunden und zwei Krippengruppen mit 7 Betreuungsstunden pro Tag geben, es stehen sechs Plätze zur

Die TigER-Gruppe InFamilia Klapperstorch ist aktuell voll belegt, es gibt eine Warteliste. Um der gesteigerten Nachfrage gerecht werden zu können und da sich die Zusammenarbeit mit dem Träger InFamilia e.V. erfolgreich bewährt hat, wäre die Möglichkeit für die Einrichtung einer zweiten TigER-Gruppe in Plankstadt zu überprüfen. Der Kreis hat darüber hinaus die Förderungen dieser Einrichtungen erheblich ausgeweitet, um das Angebot attraktiver gestalten zu können, dies zeigt sich in der hohen Nachfrage.

Zum jetzigen Zeitpunkt stehen im Ü3 Bereich ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung. Allerdings sind dabei die geplanten Neubaugebiete und die damit verbundenen Zuzüge junger Familien einzuplanen. Mittelfristig werden dadurch Maßnahmen zur Ausweitung der Betreuungsplätze notwendig. Bei Postillion gibt es aktuell 50 Krippenplätze und 40 Kindergartenplätze. Diesem Missverhältnis könnte eine Aufstockung des Gebäudes Im Altrott entgegenwirken. Hier können bei Bedarf zwei Kindergartengruppen oder zwei Krippengruppen und eine Kindergartengruppe untergebracht werden.

Die vorbereitenden Planungen zur Erweiterung der Friedrichschule mit einer Mensa und weiteren Räumen für die Kernzeit-/Hortbetreuung/Mittagsverpflegung der Evangelischen Kindertagesstätte sollen 2019 fortgeführt werden.

Frau Mehrer stellte zunächst die wichtigsten Änderungen für 2019 in einer Präsentation vor.

BGM Drescher beantwortete in diesem Zusammenhang die Anfrage von Herrn Töllner (s. TOP 1). Die Abstimmung mit dem Träger kann optimiert werden, man sei aber dabei für Abhilfe zu sorgen und werde alle betroffenen Eltern per E-Mail informieren. Der Beschlussvorschlag Ziff. 1 wurde entsprechend abgeändert.

GR Dr. Felix Geisler (CDU) sprach ein Lob für das aus, was in den letzten zehn Jahren im Bereich der Kinderbetreuung aufgestellt worden sei. Er gab die Zustimmung seiner Fraktion.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) stellte fest, dass man sehr viel dafür getan habe, um diese große Herausforderung zu meistern. Sie lobte die gute Zusammenarbeit mit Postillion und den Kirchengemeinden. Sehr erfreut zeigte sie sich über die wachsende Zahl von Kindern in der Gemeinde. Ergänzend regte sie an, die Weiterbetreuung durch Tagesmütter nach Ende der Betreuungszeiten der Einrichtungen zu prüfen.

BGM Drescher sicherte zu, weitere Anstrengungen für die Gewinnung von Tagesmüttern zu machen.

GR Jutta Schneider (SPD) sah die Gemeinde in allen Bereichen der Kinderbetreuung gut aufgestellt. Wichtig sei es, auf Änderungen schnell und flexibel zu reagieren.

GR Thomas Burger (GLP) dankte Frau Mehrer und den engagierten Eltern. Auch dies sei Bürgerbeteiligung und Demokratie. Man habe vorausschauend gearbeitet. Er wünschte sich, dass auch bei der U3 eine zentrale Anmeldung installiert werde. Diesbezüglich sollten mit dem Postillion nochmals geredet werden.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) konstatierte, dass die Kinderbetreuung „in Schuss“ sei und „der Laden“ funktioniere.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Gemeinderat beschließt die Teilung der zusammengelegten Krippengruppe Im Altrott zum 1.2.2019. Die Betreuungszeit der 3. Gruppe wird nachfragekonform auf 7 Stunden festgelegt.
2. Der Gemeinderat erteilt der Verwaltung die Aufgabe, die Möglichkeiten für die Einrichtung einer zweiten Tiger-Gruppe mit InFamilia e.V. in Plankstadt zu prüfen.
3. Der Gemeinderat nimmt von den Überlegungen der Verwaltung zur Erweiterung der Kindertageseinrichtung im Altrott sowie der Errichtung eines Gebäudes für eine Mensa mit Betreuungsräumen auf dem Gelände der Friedrichschule Kenntnis.

**Geänderter Beschlussvorschlag:**

1. Der Gemeinderat beschließt die Teilung der zusammengelegten Krippengruppe Im Altrott zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Die Betreuungszeit der Gruppe wird nachfragekonform festgelegt.
2. unverändert wie vorgeschlagen.
3. unverändert wie vorgeschlagen.

Einstimmig angenommen.

**TOP Ö 4**

**Neukonzeption Wasserwerk**

Es hat sich über einen längeren Zeitraum herausgestellt, dass die bisherige Organisation der Trinkwasserversorgung in Plankstadt nicht mehr adäquat ist. Die rechtlichen und personellen Anforderungen im Rahmen der Trinkwasserversorgung steigen seit Jahren, zuletzt wurden die Vorgaben der Trinkwasserverordnung gegenüber den bereits hohen Anforderungen nochmals verstärkt. Dies stellt vor allem kleinere Trinkwasserversorger vor große Herausforderungen.

In Plankstadt erfordert dies nun dringend eine konzeptionelle Änderung in der Gemeindewasserversorgung. Die Gemeinde verfügt nur über einen ausgebildeten Fachmann, auf dessen Schultern eine hohe Verantwortung bei der wichtigen Aufgabe der Trinkwasserversorgung liegt. Die Erledigung vieler Aufgaben ist daher nicht redundant abgesichert. Seit Jahren wird das Wassernetz erweitert, zuletzt im Gewerbegebiet. Die Trinkwasserversorgung ist daher aktuell bei moderaten Preisen rentabel. Diese Rentabilität geht aber zu Lasten der Sicherheit und des eingesetzten Personals.

Mehrere Alternativen wurden innerhalb der Verwaltung diskutiert und bewertet, dabei sind auch die bereits vor der aktuellen Amtszeit des Bürgermeisters vorhandenen Unterlagen und Ergebnisse eingeflossen.

Die Verwaltung sieht folgende Möglichkeiten:

1. Vergabe der Betriebsführung an einen externen Dienstleister
3. Arbeiten in Eigenregie (beinhaltet ein neues Organisations-, Sicherheits- und Personalkonzept)
4. Verkauf des Wasserwerkes/Wassernetzes

Bereits im Vorfeld wurde die Variante 4 als keine wirkliche Alternative eingestuft, da sie voraussichtlich weder politisch gewollt, noch den heutigen Erwartungen an eine bürgernahe Trinkwasserversorgung entspricht. Vertreter geeigneter Dienstleister für eine Übernahme der Betriebsführung nahmen an der Gemeinderatssitzung am 18.06.2018 teil und stellten ihre Konzepte vor. In der Sitzung am 17.09.2018 wurde das Konzept zu Alternative 3 vorgestellt.

Die Verwaltung schlägt nach den Beratungsergebnissen und den Vorgesprächen mit den Fraktionen vor, die Alternative 3 zu realisieren, da sie sowohl strukturell, als auch kostenmäßig die für die Gemeinde sinnvollste Lösung darstellt. Nach positivem Beschluss wird im Stellenplan 2019 eine weitere Stelle für die Gemeindewasserversorgung ausgewiesen, das „Betriebs- und Organisationshandbuch Wasserversorgung“ aktualisiert, eine Digitalisierung der Leitungspläne und eine Überführung in unser Geographisches Informationssystem in die Wege geleitet sowie mit dem Aufbau eines Technischen Sicherheitsmanagements (TSM) begonnen. Zur Qualitätssicherung wird ein externes Risikomanagement beauftragt. Auch die anderen genannten Aufgaben bedingen die Beauftragung externer Dienstleistungen.

Herr Müller fasste die bisherigen Beratungen und Ergebnisse der Vorgespräche zusammen.

GR Andreas Berger (CDU) stellte fest, dass man mit Herrn Schönig einen sehr guten Wassermeister habe, der aber definitiv Hilfe benötige. Neues Personal in diesem Bereich zu gewinnen, werde sich jedoch als sehr schwierig gestalten, weil es „schmutzige Arbeit“ sei und es momentan viele Baustellen gebe. Sehr wichtig sei auch, dass man den Wechsel der Wasseruhren wieder in Eigenregie durchführen werde. Mit den neuen Baugebieten kommen auch viele Neuanschlüsse hinzu.

GR Gerhard Waldecker (PL) sah die Verantwortung der Gemeinde gegenüber seinem Personal als sehr wichtig an. Mehr als deutlich zeige sich dies in der Tatsache, dass seit Jahren das Wassernetz erweitert worden und Herr Schönig diese Aufgabe immer noch als „Einzelkämpfer“ zu bewältigen habe.

GR Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) bezeichnete Herrn Schönig als Glücksfall für die Gemeinde. Wasser sei schließlich Grundnahrungsmittel und man sei froh, das Wasserrecht noch zu besitzen. So müsse es auch bleiben.

GR Sigrid Schüller (GLP) schloss sich den Ausführungen ihrer Vorredner an. Das Wasserwerk in Eigenregie zu behalten sei einfach besser.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) meinte, dass Wasser der einzige Bodenschatz sei, den die Gemeinde habe. Man müsse dieses Gut deshalb hüten und pflegen.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Gemeindewasserversorgung wird weiterhin in kommunaler Eigenregie betrieben. Im Stellenplan wird eine weitere Stelle für die Gemeindewasserversorgung ausgewiesen. Für externe Beratungen und Dienstleistungen werden ausreichend Mittel in den Haushaltsplan 2019 des Eigenbetriebs Trinkwasserversorgung eingestellt (50.000 Euro).

Einstimmig angenommen.

#### **TOP Ö 5**

##### **Bestandssanierung und Erweiterung der Mehrzweckhalle**

##### **-Beauftragung einer Machbarkeitsstudie**

Der Gemeinderat hat entschieden, dass als erster Schritt eine Machbarkeitsstudie für die Sanierung der Mehrzweckhalle und den Neubau einer Sporthalle beauftragt werden soll.

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie sollen mindestens drei Varianten untersucht und planerisch dargestellt werden (alleinstehender Neubau, verbundener Anbau, verbundener Anbau mit einem festen Veranstaltungsbereich im Bühnenbereich der Mehrzweckhalle).

In der Machbarkeitsstudie sollen unter anderem die folgenden Fragestellungen geklärt werden:

- Verbindung der Hallen?
- fester Veranstaltungsbereich vs. flexible Nutzung?
- Kostenprognose?
- Art und Verfahren der Ausschreibung?
- Darstellung einer Hallenbelegungsplanung auf Basis der vorhandenen Nutzungen + freie Kapazitäten

In nichtöffentlicher Sitzung im Ausschuss für Umwelt Technik und Bau, haben drei Büros ihr Angebot im Gremium vorgestellt, ein viertes Angebot wurde zurückgezogen. In der Sitzung haben der Firmeninhaber Udo Wolfram und Herr Architekt Manfred Gruber eine überzeugende Präsentation gezeigt und konnten die gestellten Fragen des Gremiums zur Zufriedenheit beantworten. Alle Mitglieder des Ausschusses haben dem Gemeinderat die Vergabe an ein Zusammenschluss unter Federführung des Büros Wolfram GmbH & Co. KG, Management und Finance, mit Sitz in Stuttgart empfohlen.

Als Partner mittelständischer Unternehmen und der öffentlichen Hand bietet das Büro finanz- und bautechnische Leistungen bei der Realisierung komplexer Investitionsprojekte an.

Das Angebot überzeugte in Leistungsumfang und Darstellung und hat die vorgegebene Preisobergrenze eingehalten. In der heutigen Gemeinderatsitzung soll das Büro für die Erstellung der Machbarkeitsstudie beauftragt werden. Die Angebotsunterlagen lagen dem Gemeinderat zur Einsichtnahme aus.

GR Wolf (CDU) gab die Zustimmung seiner Fraktion.

GR Waldecker (PL) meinte, dass das Büro Wolfram am meisten überzeugt habe und über sehr viel Erfahrung verfüge.

GR Dr. Dr. Mende (SPD) fand die praxisorientierte Darstellung sehr gut. Er hoffe, dass es „gut läuft.“

GR Schüller (GLP) lobte die sachliche, gradlinige und bestimmte Präsentation.

GR Hohl (ALP) war der Auffassung, dass das Büro Wolfram der „Aufgabe am besten gewachsen sei.“

### **Beschlussvorschlag:**

Der Gemeinderat beschließt, das Büro Wolfram GmbH & Co. KG, Management und Finance, mit Sitz in Stuttgart zur Angebotssumme von 45.220,00 Euro Brutto mit einer Machbarkeitsstudie für die Bestandssanierung und Erweiterung der Mehrzweckhalle zu beauftragen.

Einstimmig angenommen.

## **TOP Ö 6**

### **Fahrzeugpark der Gemeinde**

#### **-Ausblick auf das Jahr 2019**

Der Opel Vectra, das alte Dienstfahrzeug des Bürgermeisters, ist nach Ansicht der Verwaltung zu ersetzen. Er ist aus Jahr 2002 und somit 16 Jahre alt. Aufgrund des Alters sind jetzt vermehrt Reparaturen zu erwarten, so dass ein Austausch dringend notwendig ist. Der Bedarf an dienstlichen Fahrten ist durch die vermehrte Bautätigkeit, die Integrationsarbeit, den EDV-Support in den Außenstellen und die Verstärkung des Bürgeramts stark gestiegen. Die Verwaltung stellte in der

Ausschusssitzung eine Preisübersicht geeigneter Modelle vor. Die Angebote und die Gegenüberstellung der Kosten lagen zu den Fraktionssitzungen auf.

Nach der Beratung im Ausschuss ist vorgesehen, als Ersatz für den Opel einen weiteren Renault Zoe zu leasen. Die Verwaltung hat mit dem gesponserten Fahrzeug sehr gute Erfahrungen gemacht, ein Großteil der Dienstfahrten kann so rein elektrisch abgedeckt werden.

Um den gestiegenen Bedarf zu decken und da die Verwaltungsspitze in Zukunft auch auf den Fahrzeugpool zugreifen möchte, soll als weitere Ergänzung ein wirtschaftliches Fahrzeug (BMW 2 mit Hybridantrieb) geleast werden. Dieses Fahrzeug soll für den Bürgermeister, aber auch Verwaltungsmitarbeiter zur Verfügung stehen und ermöglicht auch längere Fahrten. Im Stadtgebiet und in die Oberzentren kann auch dieses Fahrzeug rein elektrisch betrieben werden. Die günstigen Sonderkonditionen ergeben sich nur bei Benutzung durch den Bürgermeister, der das Fahrzeug gegen eine 100%ige Kostenerstattung auch privat nutzen kann. Die Beschaffung der Fahrzeuge liegt lt. Hauptsatzung in der Zuständigkeit des Bürgermeisters. Die erforderlichen Mittel werden durch den Gemeinderat im Haushalt 2019 bereitgestellt.

### **Bauhof**

Der Ladog ist das Fahrzeug, welches im Winterdienst die Hauptarbeit verrichtet und in der übrigen Zeit als Zugfahrzeug genutzt wird. Dieses Fahrzeug ist aus dem Jahr 2006 und weist vermehrt Schäden auf. Gerade im Bereich des Motors kam es in letzter Zeit zu größeren Schäden. Durch die Tatsache, dass der Ladog einen sogenannten hydrostatischen Antrieb besitzt ist aufgrund der Betriebsstundenzahl in naher Zukunft auch mit Ausfällen im Bereich des Antriebs zu rechnen.

Als Ersatz macht es nach Ansicht der Verwaltung Sinn, ein sogenanntes Multifunktionsfahrzeug zu beschaffen, welches vielseitiger eingesetzt werden kann. Das neue Fahrzeug soll wie gewohnt das Hauptarbeitsgerät im Winterdienst sein und wie bisher auch als Zugfahrzeug dienen. Zusätzlich ist es sinnvoll mit dem Fahrzeug in der Grünfläche zu arbeiten. Hier sollen das Mähen, das Heckenschneiden und evtl. auch das Laubsaugen die Einsatzzeiten deutlich erhöhen.

Die Kosten für ein solches Fahrzeug einschließlich der benötigten Anbauteile belaufen sich auf ca. 150.000 Euro brutto. Die Verwaltung schlägt vor, eine Ausschreibung für ein solches Fahrzeug vorzubereiten und durchzuführen. Geplant ist, dass die Lieferung zum Ende des 2. Quartals 2019 rechtzeitig vor dem Winterdienst stattfindet.

Da eine Ausschreibung den Kauf eines solchen Fahrzeugs bindend macht, ist es notwendig, dass im Vorfeld die Mittel durch den Gemeinderat bereitgestellt werden.

BGM Drescher nahm aufgrund von Befangenheit vor Beginn der Beratung und Beschlussfassung im Zuschauerraum Platz.

Herr Müller und Bauamtsleiter Ernst erläuterten die Gründe für die geplanten Neu- bzw. Ersatzbeschaffungen

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) zeigte sich erstaunt über den hohen Anschaffungspreis für den LADOG.

BAL Ernst stellte hierzu fest, dass man ein Fahrzeug mit größerer Nutzlast und Ladefläche benötige, das alte Fahrzeug war den Belastungen nicht gewachsen.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) wollte wissen, wie viele Bauhof-Bedienstete eine Fahrerlaubnis haben, um mit diesem Auto fahren können?

BAL Ernst antwortete, dass bei den Fahrerlaubnissen keine Änderung gegenüber dem Vormodell eintreten, in Zukunft jedoch nach dem EU-Recht der PKW-Führerschein nicht mehr ausreiche.

GR Andreas Berger (CDU) meinte, dass es mit dem Fuhrpark nicht gerade gut bestellt sei. Es gebe viele alte Fahrzeuge, die reparaturanfällig seien. Die Anschaffung des BMW sah er im Hinblick auf die Kostenerstattung durch die Privatnutzung als Vorteil für die Gemeinde an.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) betrachtete es als wichtig, dass man zukünftig über eine wesentlich bessere technische Ausstattung verfügen könne.

GR Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) regte an, einen „Pool“ an Leuten zu bilden, die den LKW-Führerschein erwerben sollen.

GR Thomas Burger (GLP) dankte Ratskollege Berger für dessen Expertenmeinung. Die Hybrid-Technik befand er als in Ordnung. Die geplante Ladestation auf dem Adler-Gelände sei hierbei auch eine Erwähnung wert.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) stellte fest, dass Plankstadt „aufrüste!“

#### **Beschlussvorschlag:**

Im Haushalt 2019 werden 150.000 Euro für ein neues Multifunktionsfahrzeug für den Bauhof sowie 7.000 Euro für Leasingraten für zwei Verwaltungsfahrzeuge eingestellt. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, eine entsprechende Ausschreibung durchzuführen.

#### **Geänderter Beschlussvorschlag:**

Im Haushalt 2019 werden 150.000 Euro für ein neues Multifunktionsfahrzeug für den Bauhof sowie 7.000 Euro für Leasingraten für zwei Verwaltungsfahrzeuge eingestellt. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, eine entsprechende Ausschreibung durchzuführen.

Der Gemeinderat stimmt einer außerdienstlichen Nutzung des einen Dienstwagens (2'er BMW) durch den Bürgermeister zu. Die dabei entstehenden Kosten sind der Gemeinde im vollen Umfang zu erstatten.

Einstimmig angenommen.

#### **TOP Ö 7**

##### **Neubau eines Dienstleistungszentrums auf dem Grundstück Schwetzinger Str. 19/21**

##### **-Auftragsvergaben: Wärmeversorgung, Gas-, Wasser- und Abwasserinstallationen, Elektroinstallationen und Blitzschutz, Raumluftechnik**

Im Zuge der Errichtung des Neubaus auf dem Gelände der Schwetzinger Straße 19/21 wurden weitere Gewerke für das Bauvorhaben ausgeschrieben.

Die Gewerke Wärmeversorgung, Gas-, Wasser-, Abwasserinstallationen, Elektroinstallationen und Blitzschutz, Raumluftechnik wurden öffentlich nach VOB ausgeschrieben. Die Prüfung der Ausschreibungen erfolgte durch die Fachplanungsbüros. Das geprüfte Ausschreibungsergebnis ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Für alle der jetzt ausgeschrieben Gewerke sind in der Kostenberechnung insgesamt 938.000 € genannt worden. Die gesamte Vergabesumme der vier Gewerke beträgt 903.033,37 € und liegt somit im Kostenrahmen. Insgesamt sind mit diesen Vergaben 1,9 Mio. € submittiert. Es verbleiben nach den Kostenberechnungen noch 1,6 Mio. € insbesondere für die Ausbaugewerke und die Außenanlagen. Die Planungskosten betragen rund 0,7 Mio. € der Bausumme. Der Risikopuffer von 0,3 Mio. € ist nach den ersten beiden Vergaberunden noch vorhanden. Die Verwaltung geht daher nach aktuellem Stand davon aus, dass die Baukosten von 4,5 Mio. € eingehalten werden können.

Das Angebotsblankett und die Vergabeempfehlungen liegen zur Einsichtnahme aus.

GR Andreas Berger (CDU) fragte, ob die Angebotspreise gedeckelt seien, egal wann die Ausführung stattfindet.

BAL Ernst antwortete, dass die Fristen verbindlich seien. Sollten sich Verschiebungen ergeben, seien diese allen Gewerken mitzuteilen. Sollte eine der Firmen nicht zustimmen, könne sich evtl. Mehrkosten ergeben. Dann sei das „Goodwill“ der Firmen gefragt.

GR Andreas Berger (CDU) wollte ergänzend noch wissen, ob eine Preisgleitklausel vereinbart werden könne?

BAL Ernst sagte hierzu, dass dies möglich sei, aber nur für die Materialpreise gelte.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Gemeinderat stimmt den Vergaben der folgenden Gewerke:

1. Wärmeversorgungsanlagen an die Fa. Schmitt in Eppelheim zu einem Preis von 476.132,66 € brutto
2. Gas, Wasser, Abwasserinstallationen an die Fa. Herzog in Sandhausen zu einem Preis von 217.241,40 € brutto
3. Raumluftechnische Anlagen an die Fa. Maier in Hockenheim zu einem Preis von 46.721,99 € brutto
4. Elektroinstallationen an die Fa. Löschmann in Eppelheim zu einem Preis von 162.937,32 € brutto

zu.

Einstimmig angenommen, bei 1 Enthaltung von GR Hohl (ALP).

#### **TOP Ö 8**

##### **Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 15.10.2018 gefassten Beschlüsse**

#### TOP NÖ 1

Einstellung eines Hauptamtsleiters (m/w/d)

Mehrheitlich angenommen in geheimer Wahl.

#### TOP NÖ 2

Einstellung eines Mitarbeiters für die Leitung des Bauhofs

Einstimmig angenommen.

#### **TOP Ö 9**

##### **Verschiedenes; Bekanntgaben des Bürgermeisters und Anfragen aus dem Gemeinderat**

BAL Ernst gab zunächst den aktuellen Sachstand bezüglich der Erschließung des Baugebiets „Antoniusquartier“ bekannt. Die Bauarbeiten beginnen voraussichtlich in Kürze. Das Pauschalangebot der Fa. Bender belaufe sich auf 112 Euro/m<sup>2</sup>, was eine Steigerung um 3,7 % gegenüber den vor eineinhalb Jahren angenommenen Kosten bedeute. In den nächsten Tagen erhalten die direkten Angrenzer ein Informationsschreiben des Bauamts zum Baubeginn.

Der Spielplatz im Bereich des Baugebiets wird im Dezember vom Bauhof abgeräumt.

BGM Drescher gab bekannt, dass die Birke in der Goethestraße leider gefällt werden müsse. Die Verkehrssicherheit könne noch ein letztes Mal hergestellt werden, jedoch sei der Baum lt. Gutachten in den nächsten Jahren abgängig und habe seine natürliche Altersgrenze überschritten.

Im ehemaligen Lebensmittelmarkt in der Schubertstraße werde jeden Samstag von 8 – 12.30 Uhr Obst und Gemüse angeboten. Leider seien aber die Bemühungen, einen Nachfolger zu finden, bisher nicht erfolgreich gewesen.

GR Dr. Felix Geisler (CDU) meinte, dass vielleicht ein weiterer Verkaufswagen dort aufgestellt werden könne. Er habe erfahren, dass sich die Fa. FINDUS im ehemaligen Supermarkt einmieten wolle. Herr BGM Drescher bestätigte diese Information.

Termine:

- 03.12. Gemeindezentrum Eröffnung des Rathausadventskalenders um 17:00 Uhr
- 8.+9.12. Weihnachtsmarkt und Hobbykünstlermarkt, ab 16:00 Uhr auf dem Rathaus-Platz und im Gemeindezentrum
- 13.12. Seniorenweihnachtsfeier

GR Andreas Berger (CDU) fragte nach der aktuellen Entwicklung beim Sportverein TSG Eintracht bezüglich eines neuen Gebäudes?

BGM Drescher antwortete, dass man sich im intensiven Austausch befinde, der Verein sich aktuell aber neu aufstelle und diese Entwicklungen abzuwarten seien.

GR Sigrid Schüller (GLP) wollte wissen, wann der Haushaltsplan 2019 vorliege?

BGM Drescher erklärte, dass der Haushaltsplan aufgrund der umfangreichen Umstellungsarbeiten des Rechnungswesens auf die doppische Buchführung erst Anfang 2019 beraten werden könne.

GR Sigrid Schüller (GLP) bat um Auskunft zum Thema Abwassersanierung?

BGM Drescher erklärte hierzu, dass hierzu umfangreiche Berechnungen vorliegen, die noch mit dem Gemeinderat zu besprechen sind.

GR Sigrid Schüller (GLP) fragte noch nach der Nutzung der E-Ladestationen?

BGM Drescher sagte, dass es noch keine Statistik hierzu gebe.

Eine weitere Anfrage stellte GR Schüller zu den Geschwindigkeitsmessungen.

BGM Drescher verwies hierzu auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik und Bauangelegenheiten.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) hatte eine Frage zu den Bauplatz-Bewerbungen. Es gebe Anzeigen in der Presse, in denen nach Bewerbern mit guter Punktzahl zwecks gemeinsamen Bauens gesucht werde. Gibt es hierzu bereits Auswertungen?

BGM Drescher sagte, dass die Bewerbungsfrist noch bis zum 31.01.2019 laufe.